

WIRTSCHAFT



BESTANDSAUFNAHME.
„Im Vergleich zu anderen Ländern ist Deutschland deutlich zurückgefallen, ist umständlich und bürokratisch geworden“, sagt Hans Dieter Pötsch, Aufsichtsratsvorsitzender der Volkswagen AG

„Schockstarre oder Panikmache sind fehl am Platz“

Ist die wirtschaftliche Lage in Deutschland – und damit einhergehend auch in Österreich – besorgniserregend? **Hans Dieter Pötsch**, der als Österreicher den Vorsitz im Aufsichtsrat der Volkswagen AG innehat, gibt eine nüchterne Einschätzung ab: „Wir haben eine Situation, die nicht ganz unkritisch ist“

Von Kathrin Gulnerits, Fotos: Matt Observe

Die größte europäische Volkswirtschaft schwächelt: Deutschland ist aktuell Schlusslicht beim Wachstum in Europa. Dazu kommen Fachkräftemangel, Rückstände bei der Digitalisierung, Investitionsstau und überbordende Bürokratie. Mitte November sorgte obendrein ein vernichtendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe für lange Gesichter in der regierenden Ampelkoalition.

Geplant war, 60 Milliarden Euro an nicht benötigten Corona-Krediten für Klimaschutzmaßnahmen zu verwenden. Dem machten die Richter einen Strich durch die Rechnung und urteilten, dass man sich quasi auch beim Schuldenmachen an Spielregeln halten muss. Das heißt: Kredite, die über das Limit der in Deutschland geltenden Schuldenbremse hinausgehen, dürfen nur in einer Notlage aufgenommen werden – und auch das nur für ein Jahr.

Das heißt: Der (auch hierzulande) durchaus gängigen Praxis, dass der Staat alle Probleme mit Geld zuschüttet, wurde ein Riegel vorgeschoben. Plötz-

lich fehlen im Ampelhaushalt von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) 60 Milliarden Euro. Das stellt nicht nur die Regierung vor riesige Herausforderungen. Die Wirtschaft wiederum fürchtet sich beim Blick in die Staatskasse vor einem Aderlass bei den geplanten Fördermilliarden. Einer dieser Vertreter der deutschen Wirtschaft ist Hans Dieter Pötsch. Der 72-jährige Österreicher ist Aufsichtsratsvorsitzender der Volkswagen AG – und auch er sorgt sich. Um den Wirtschaftsstandort Deutschland. Aber nicht nur.

Herr Pötsch, wie erleben Sie gerade Deutschland?

Es gibt durch die politische Konstellation, die sich nach der letzten Wahl ergeben hat, Entscheidungsstau. Dieser Diszens – und das muss man deutlich hinzufügen – bezieht sich nicht nur auf den deutschen Rahmen, sondern er wirkt sich natürlich auch in Richtung Brüssel aus. Wir laufen in Europa auf Wahlen zu, und es ist nicht auszuschlie-

ßen, dass es Veränderungen gibt. Ich bin überzeugter Europäer. So wie man Kompetenzen nach Brüssel gebracht hat, müssen diese auch wahrgenommen werden. Das ist nicht immer der Fall.

Zum Beispiel?

Große Themen sind Bürokratie und Regularien. Auch wenn vieles einen guten Kern hat, ist es in der Umsetzung oft wenig praktikabel. Das belastet die Unternehmen in großer Dimension. Es müssen ja in Deutschland nicht nur die großen Unternehmen diese Regularien erfüllen, sondern auch der Mittelstand, wo man sich nicht so leicht tut, x Leute damit zu befassen, Statistiken zu füllen. Ich kritisiere nicht die den Inhalt des Ziels. Das ist in vielen Fällen durchaus ein wohlbedachtes Ziel. Aber man versucht, über unendliche Berichte etwas zu erreichen, was man so nicht erreichen wird. Hinzu kommt: Wenn ich inhaltlich etwas erreichen will, muss ich Akzeptanz dafür schaffen.

Stellschrauben gibt es viele. Welche würden Sie mit Blick auf die Wirtschaft drehen? ▶

Zum einen ganz klar beim Thema Reportingpflichten. Das ist über die Jahre völlig ausgeüfert. Das deutsche Wirtschaftsministerium hat selbst ermittelt, dass die Wirtschaft 12.000 Berichtspflichten des Bundes unterliegt. Mit geschätzten Bürokratiekosten in Milliardenhöhe. EU-Anforderungen wie die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) kommen noch dazu. Alleine diese neue Richtlinien kosten uns als Konzern einen zweistelligen Millionenbetrag. Zum anderen eine Stellschraube, die für Wirtschaftsakteure schon immer absolut bedeutend war: Planungssicherheit. Wir erleben eine Zeit multipler, sich überlagernder Krisen. Die Firmen agieren seit 2021 in einem permanenten Krisenmodus. Hier muss die Politik alles versuchen, um Planungssicherheit herzustellen.

Das Schlagwort Bürokratieabbau begleitet uns schon lange. Wie löst man das?

Es gibt Einzelinitiativen. Aber das, was erreicht worden ist, ist nicht genug. Im Vergleich zu anderen Ländern sind wir deutlich zurückgefallen, sind umständlich und bürokratisch geworden. Es gibt eine große Chance, die wir nutzen können, und die ist das Thema Digitalisierung. Konsequenter genutzt, könnte man große Schritte in sehr überschaubarer Zeit erzielen.

Warum passiert das nicht?

Im Vergleich zu Nordamerika oder China ist unsere Gesellschaft nicht in der Weise affin. Das fängt an bei der Bildung, und zwar schon vor der Schule, und zieht sich bis in die Hochschulen. Das Thema ist in unserer Gesellschaft nicht so verankert. Es ist ja nicht damit getan, dass die Leute ein Handy nutzen. Es geht darum, dass man Prozesse, die bisher analog durchgeführt worden sind, anders denkt. Da liegen die Chancen, hohe Produktivitätsgewinne zu erzielen. Und



ZUR PERSON

Hans Dieter Pötsch

Der österreichische Manager wurde im Oktober 2015 zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Volkswagen AG gewählt und ist seit November 2015 Vorstandsvorsitzender der Porsche SE. Pötsch studierte Wirtschaftsingenieurwesen an der Technischen Hochschule Darmstadt. Seine Berufslaufbahn begann er bei BMW. Seit Oktober 2019 ist der 72-Jährige zugleich Präsidenten der Deutschen Handelskammer in Österreich.

es muss mehr getan werden, die Stimmung in der Gesellschaft generell zu innovativen Ansätzen zu drehen. Wir sind zunehmend ein risikoscheues Land geworden und wollen alles abgesichert wissen. Das darf nicht zur Mentalität werden. Wir haben grandiose Forschung. Aber die Umsetzung ist in der Breite nicht so, wie sie sein könnte. Ein anderes Beispiel: Wir sind wahnsinnig

stolz auf unseren Datenschutz. Europäische Rahmenbedingungen werden mit besonderem Schwerpunkt in Deutschland umgesetzt – und auch ein Stück in Österreich. Datenschutz ist wichtig. Ich glaube nur, das er völlig überbetont ist. Es ist nicht wirklich eine Reflexion auf das, was die junge Generation denkt und tut. Wenn ich sehe, wie vor allem junge Menschen mit ih-

ren Daten auf den Mobilgeräten umgeht – jetzt mal ganz pointiert formuliert –, was gibt es da noch zu schützen? Es geht um das richtige Maß. Wir müssen uns da bewegen.

Haben Sie Hoffnung, dass sich etwas bewegt?

Ich glaube schon. Krisen oder schwierige Situationen können auch ein guter Nährboden sein, um etwas Neues zu entwickeln. Es gibt Konstellationen, wo man versuchen muss, etwas bewegt zu bekommen. Die Konstellation Europa mag für die einzelnen Nationalstaaten Vorteile haben, aber sie ist im Konzert der Großen in dieser Welt ein klarer Nachteil. Es geht immer darum, dass sich 27 Nationen in irgendeiner Weise abstimmen. Einen Kompromiss muss es immer geben, aber das Prinzip des geringsten Widerstands ist nicht immer das beste Prinzip. Und vor allem dauert das unendlich lange. Hier verspielt Europa Chancen.

Auch das lässt sich nur schwer auflösen – Stichwort Einstimmigkeitsprinzip.

Man könnte versuchen, das durch ein Mehrheitsprinzip zu ersetzen. Das Problem: Um da hinzukommen, braucht es wiederum Einstimmigkeit. Insofern ist man natürlich ein Stück weit Gefangener seiner selbst. Angehen müssen wir es. Wir sind sehr spät dran und verlieren gerade an Position zu den großen anderen Nationen. Wir haben nun mal die Faktenlage mit dem Inflation Reduction Act in den USA. Wir haben das Faktum, das das an eine Bedingung geknüpft ist, nämlich Wertschöpfung in Amerika. Und Drittens gibt es dort Fördermittel, die in der Dimension weit über das hinausgehen, was in Europa möglich ist. Gleichzeitig wurden die Verfahren und die Prozesse festgelegt, um voranzukommen. Das funktioniert im Raketentempo. Ja, auch in Europa gibt es Fördermittel und Möglichkeiten. Aber da muss man sich an- ▶

schaufen, nach welchen Prinzipien gehandelt wird. Eines dieser Prinzipien ist, dass die Förderung immer noch den Grundgedanken hat, Regionen zu fördern, die in der wirtschaftlichen Entwicklung hinten nachlaufen. Das klingt plausibel. Er geht nur an dem Punkt vorbei, dass wir gerade in einer fundamentalen Transformation stecken. Es muss also zunächst darum gehen, die etablierten Standorte zu sichern. Dort habe ich den Kern der Wertschöpfung, das Gros der Beschäftigung und die qualifizierten Mitarbeiter. Dieses Element muss viel stärker in die Förderung einbezogen werden. Hier passiert viel zu wenig, und es dauert viel zu lange, bis Unternehmen Planungssicherheit haben. Es gibt viele Unternehmen, die das nicht mehr mitmachen.

Auch hier die Frage: Haben Sie Hoffnung?

Wir haben eine Situation, die nicht ganz unkritisch ist. Das Unternehmerlager steht ja gerne in dem Verdacht, Situationen besonders dramatisch zu reden, die dann nicht so sind. Das lassen wir mal so stehen. Aber jeder ist frei, auf die Faktenlage zu schauen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Greifen wir ein Thema heraus: Energie war schon vor dem Krieg in der Ukraine zu teuer und ist jetzt im Weltmaßstab überhaupt nicht konkurrenzfähig. Nach fast einem Jahr öffentlicher Diskussion hat Deutschland beschlossen, eine Strompreisbremse einzuziehen. Allein dass das so lange dauert, erzeugt eine enorme Unsicherheit. In der Konsequenz haben sich einige energieintensive Unternehmen in der Zwischenzeit auf den Weg gemacht, weil sie nicht mehr darauf setzen können, dass sie Energie wettbewerbsfähig einkaufen können. Für mich ist nicht so maßgeblich, ob man eine Subventionierung macht oder nicht. Das Thema hätte aber viel früher zur Entschei-

dung kommen müssen. Jetzt ist die zuletzt getroffene Entscheidung nach dem Urteil des Bundesgerichts in Deutschland wieder in Frage gestellt.

Und wenn sich Unternehmen auf den Weg gemacht haben, kommen sie nicht wieder ...

Ja. Dazu sind die Standortbedingungen an anderen Standorten einfach zu attraktiv. Ich warne auch vor Diskussionen, die man oft hört: Vielleicht brauchen wir ja gar keine Stahlproduktion, Zement, Aluminium oder Chemie. Da wissen einige wirklich nicht, wovon sie reden. Das sind Industrien, die teilweise weltmarktführend etabliert sind und

und China auch langfristig auf Augenhöhe begegnen zu können. Wir dürfen nicht zulassen, dass kritische Infrastruktur und elementare Güter von einem einzigen Lieferanten oder Produktionsland abhängen oder sogar als Waffe gegen die vitalen Interessen Deutschlands, Österreichs und Europas eingesetzt werden können. Wir müssen daher zugleich Diversifizierung und Regionalisierung fördern. Dafür sind auch jenseits ideologischer Vereinigungen neue internationale Partnerschaften nötig. Und zugleich braucht es einen realistischen Pragmatismus, denn neue Lieferketten zu etablieren, ist keine Aufgabe, die über

US-Chiphersteller bekommt für seine Fabrik in Sachsen-Anhalt knapp zehn Milliarden Euro an Subventionen, will aber 17 Milliarden Euro investieren.

Subventionen haben mitgeholfen, dass Ostdeutschland zu dem Mikroelektronik-Standort in Europa geworden ist. Da ist wirklich etwas erreicht worden – durch kluge Ansiedlungspolitik und durch mutige, aggressive Förderpolitik in erheblicher Dimension. Wir müssen nur an Airbus denken. Für viele Menschen ist völlig klar, dass das ein europäisches Unternehmen ist. Ich kann mich noch sehr gut an die anfänglichen Diskussionen erinnern, ob das alles angemessen ist. Heute haben wir gemeinsam mit einem amerikanischen Wettbewerber einen Weltmarktführer, den es vorher so nicht gegeben hat. Nochmals: Wir brauchen eine längerfristige Perspektive. Solche Entscheidungen wie der Bau einer Fabrik haben Jahre Vorlaufzeit und es vergehen Jahre in der Umsetzung. Entscheidend ist, was eine Regierung an Rahmenbedingungen, an Unterstützungsmaßnahmen in einem langfristigen Kontext auf den Tisch legt. Das hat nichts mit Planwirtschaft zu tun. Wenn es gute Gründe, wissenschaftliche Studien etc. gibt, dass das zu einer bedeutenden Komponente der wirtschaftlichen Entwicklung wird, dann sollte eine verantwortliche Regierung sich überlegen, Mittel zu ermöglichen, um so eine Entwicklung möglich zu machen.

Es ist kein Geld da, lautet oft ein Gegenargument.

Das würde ich so nicht sagen. Wir haben kein Problem auf der Einnahmeseite. Wir haben ein Problem auf der Ausgabenseite. So wie wir beide versuchen, unseren Haushalt schuldenfrei zu führen, muss das eine Regierung auch machen. Die Frage ist, ob die Prioritäten richtig gesetzt sind. Das ►

„Krisen können ein guter Nährboden sein, um etwas Neues zu entwickeln

”

einen hohen Innovationsbeitrag bringen. Das Risiko, dass wir dort Innovationstreiber in erheblicher Dimension verlieren, ist sehr groß. Deshalb muss man alles tun, um die Unternehmen zu halten.

Kommt es zu einer Neuordnung der Weltwirtschaft?

Es zeichnet sich eine veränderte Form der Globalisierung ab, die entschlossene Weichenstellungen und kluge Navigation von Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft erfordert. Schockstarre, Veränderungsverweigerung oder gar Panikmache sind gänzlich fehl am Platz. Es geht dabei nicht darum, kurzfristige Maßnahmen als Reaktion auf konjunkturelle Schwankungen zu beschließen, sondern die strukturellen Weichen zu stellen, um den Wirtschaftsmächten USA

Nacht zu erledigen wäre.

Sie sagen, wir sollten grundsätzlich offen für die Zusammenarbeit mit jedem Land sein, das weder international geächtet ist noch Sanktionen unterliegt. Das zielt u. a. auf China ab, richtig?

Korrekt, dies schließt auch China als zentralen Akteur mit ein. Gleichzeitig müssen wir sowohl die eigenen Interessen als auch die der EU besser schützen und unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken. Die USA zeigen mit dem Inflation Reduction Act eindrucklich, wie es gehen kann

Wie blicken Sie auf die Diskussion, wie viel Steuergeld man in die Hand nehmen soll, um Ansiedlungen zu erwirken – Stichwort Intel in Ostdeutschland? Der

Urteil in Deutschland kann auch Anlass sein, eine Priorisierung auf der Ausgabenseite durchzuführen. Wir haben uns ein Stück weit gewöhnt, dass Krisen, die nun mal Krisen sind, abgedefert werden. Das hat man zu viel und zu lange gemacht. Da müssen ein paar Dinge wieder auf normal gestellt werden. Wir werden nicht weiterkommen, indem wir das Geld nur verteilen, auch wenn es dafür immer Gründe gibt. Die Frage ist, ob wir auf der Seite der Generierung von zukünftigen Wertschöpfungspotenzialen genug tun? Die Antwort ist, glaube ich, klar.

Müsste nicht auch die Wirtschaft lauter sein?

Das ist ein sehr guter Punkt, muss ich zugeben. Und das ist ein in Unternehmerkreisen fortlaufend diskutierter Punkt. Es würde keiner sagen, dass die Situation faktenmäßig nicht bekannt ist. Das andere ist aber immer noch: Was macht die reale Politik daraus?

Auch in der Gesellschaft fehlt das Verständnis dafür: Wir alle sind Wirtschaft. Muss man das mehr verdeutlichen?

Es muss verdeutlicht werden, wo und wie Wertschöpfung entsteht. Was hat das für eine Konsequenz? Was eröffnet es für Möglichkeiten für den Staat, zu agieren? Das ist eine Komponente, die man viel stärker in die Öffentlichkeit tragen muss: Was ist Wirtschaft, was sind Unternehmer? Das gehört viel früher in die Bildung eingebracht und im Idealfall auch positiv konnotiert. Auch das ist ein Thema, wo Europa im Vergleich zu anderen klar hinten nach ist. Es gibt ein großes intellektuelles und innovatives Potenzial an unseren Hochschulen. Aber dieser Prozess, dass daraus viele Unternehmensgründungen resultieren, der passiert bei uns halt viel eingeschränkter als anderswo.

Ist die Angst vor Deindustrialisierung in Deutschland, in Österreich berechtigt?

Diese Angst ist mit unterschiedlicher Betroffenheit durchaus berechtigt. Die aktuellen Veränderungen bei Energiepreisen, Inflation, Arbeitskräftemangel, gravierende Defizite bei der Digitalisierung von Arbeits- und Lebensbereichen und eine ganzheitlich gedachte Transformation könnten zu einem massiven Verlust in der industriellen Fertigung führen.

Machen Sie sich Sorgen um den Wirtschaftsstandort in Deutschland – und im Schlepptau um Österreich?

Ich mache mir keine unmittelbaren Sorgen, weil ich viel zu überzeugt bin, dass wir viele, viele Stärken haben. Ein erheblicher Teil der Wertschöpfung liegt bei mittelständischen Unternehmen. Auf die strömt wahnsinnig viel ein – an regulatorischen Anforderungen seitens Brüssel, aber auch mit Blick auf die Energiepreise und die hohe Steuerlage in beiden Ländern. Es ist wichtig, das als Regierung zu sehen und zu überlegen, wie man gerade den Transformationsprozess im Mittelstand noch stärker unterstützt bekommt. Denn ihr wichtiger Fokus auf das unmittelbar operative Geschäft, verstellt oft den Blick über die Notwendigkeit für viele Jahre im voraus zu überlegen.

Welche Rolle spielt der Fachkräftemangel?

Das ist ein großes Problem. Es ist wichtig, durch Kommunikation auf verschiedensten Kanälen dafür Sorge zu tragen, dass das Image des Facharbeiters wieder hervorgehoben wird. Uns helfen keine Leute, die mit Ach und Krach ein Hochschulstudium absolvieren, wenn sie nachher eigentlich nicht wirklich im ursprünglichen Sinn einsetzbar sind, sondern im Prinzip Tätigkeiten machen, die eigentlich nicht ihrer formalen Ausbildung entsprechen. 🔄

„Wir sind sehr spät dran und verlieren gerade an Position zu den großen anderen Nationen

“

MAHNER. „Was ist Wirtschaft, was sind Unternehmer? Das gehört viel früher in die Bildung eingebracht und im Idealfall auch positiv konnotiert“

